

Bundesamt für Migration
Abteilung Integration
Herr Sandor Horvath
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

22. März 2012

Teilrevision des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (Integrationskapitel und Spezialgesetze)

Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die EVP stimmt der vorliegenden Revision grundsätzlich zu. Die neuen Integrationsbestimmungen dürfen aber nicht einseitig zu einer Verschärfung der Ausländergesetzgebung führen, wie es bei einzelnen Artikeln zu befürchten ist. Insbesondere darf die Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung nicht von einer „guten Integration“ und entsprechenden Sprachkenntnissen bereits nach einem Jahr abhängig gemacht werden.

1. Grundsätze für die Beurteilung der Vorlage

Für die EVP sind folgende Grundsätze wichtig:

- Die Verantwortung für die Integration liegt nicht nur bei den Betroffenen. „Fordern“ und „Fördern“ gehören zusammen.
- Die neuen Integrationsbestimmungen dürfen nicht zu einer versteckten und einseitigen Verschärfung des Ausländerrechts führen. Wo dies der Fall ist, ist es zu deklarieren.
- Ein wichtiger Antrieb zur Integration ist die Gewissheit, im Land bleiben zu dürfen. Diesem Umstand trägt die Vorlage zu wenig Rechnung, indem sie einseitig auf „Integration auf Probe“ setzt.
- Integration gelingt nur im Zusammenspiel von Bund, Kantonen, Gemeinden und den Betroffenen.

2. Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen unabhängig vom Stand der Integration

Seitens der Ausländerinnen und Ausländer kommt den Kenntnissen einer Landessprache und der entsprechenden Bereitschaft zum Spracherwerb zweifelsohne eine Schlüsselrolle zu. Wer hier leben will, muss sich verständigen und im Alltag zurechtfinden können. Es ist richtig, wenn der Staat auf entsprechende Kenntnisse pocht und diese Bemühungen auch honoriert, zum Beispiel bei der Erteilung von Bewilligungen. Die EVP erachtet es aber als falsch, die Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen von einer „guten Integration“ abhängig zu machen, wozu neu die Fähigkeit zur Verständigung in einer

Landessprache gehört (Art. 33 Abs. 3 und Art. 58 Abs. 1 Bst. c VE-AuG). Dies bedeutet eine unverhältnismässige Verschärfung des Ausländerrechtes und es darf bezweifelt werden, ob eine gute Integration nach nur einem Jahr bereits erwartet werden kann. Die EVP sieht folgende Probleme:

- Die Neuregelung benachteiligt einseitig Personen, die schwerer Sprachen lernen als andere.
- Sie bevorzugt einseitig Personen, welche das Kriterium der Landessprache bereits erfüllen (z.B. Personen aus Afrika, die französisch sprechen), ansonsten aber wenig Integrationswillen zeigen. Wie beim Willen zur Teilnahme am Wirtschaftsleben oder zum Erwerb von Bildung kommt es bei den Integrationsbemühungen generell weniger auf die tatsächlich erreichten Fertigkeiten an, sondern auf die Bereitschaft, diese zu erlernen.
- Die Neuregelung hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Wirtschaft bezüglich des Bezugs von ausländischen Spezialisten (Expats), die nicht aus dem EU-Raum stammen und für einige Jahre in der Schweiz zu arbeiten beabsichtigen. Es scheint unverhältnismässig, diese zum Erwerb einer Landessprache zu verpflichten, zumal sie meist gut englisch sprechen und sich problemlos im öffentlichen Leben zurechtfinden.

Die EVP fordert aufgrund dieser Argumente:

- In Art. 33 Abs. 3 ist die Bestimmung zu streichen, wonach eine Aufenthaltsbewilligung nur noch verlängert wird, wenn die Person gut integriert ist.
- In Art. 33 Abs. 4 kann alternativ festgehalten werden, dass die Verlängerung einer Aufenthaltsbewilligung insbesondere dann an den Abschluss einer Integrationsvereinbarung geknüpft werden kann, wenn eine Person nicht als gut integriert gelten kann.
- Mindestens sind die Bestimmungen für Illetristen und Analphabeten in Art. 49a auf die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen nach Art. 33 auszuweiten. Es ist nicht einsichtig, weshalb diese Schutzbestimmungen für schulisch schwächere Personen nur im Fall des Familiennachzugs gelten sollen.
- Schliesslich kann auch Art. 58 so differenziert werden, dass gut integriert ist, wer die Kriterien nach Abs. 1 erfüllt oder die Bereitschaft zum Spracherwerb nach Abs. 1 Bst. c zeigt.

3. Fragezeichen bei der Integrationsförderung für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene

Längerfristig angelegte Integrationsmassnahmen machen nur Sinn, wenn die betroffenen Personen hier bleiben können. Die EVP macht deshalb ein Fragezeichen bei der Integrationsförderung für Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen. In der Regel sollte unbedingt zuerst der Asylentscheid gefällt werden (deutlich rascher als heute, auch wenn das schwierig ist) und erst dann die Integrationsförderung einsetzen. Das umgekehrte Vorgehen schafft nur Härtefälle, bei denen Personen nach einem schlussendlich negativen Asylentscheid nicht mehr ausgeschafft werden können, weil sie mittlerweile zu gut integriert sind.

Im Übrigen und bezüglich der Vorschläge zu einzelnen Gesetzesartikeln verweisen wir auf unsere Antworten im angehängten Fragebogen. Herzlichen Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit!

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident
Heiner Studer



Generalsekretär
Joel Blunier